

Beschluss



Perspektivpapier zur Europäischen Jugendpolitik des Deutschen Bundesjugendring (DBJR)

A. Hinführung

Dieses Perspektivpapier konzentriert sich auf die Jugendpolitik der Europäischen Union, wohl wissend, dass sich auch der Europarat verstärkt im Jugend- und Bildungsbereich engagiert und zunehmend gemeinsame Initiativen von Europäischer Union und Europarat in diesem Bereich stattfinden. Für die deutsche Jugendarbeit endet Europa nicht an den Grenzen der EU, da in die Aktionsfelder immer auch weitere europäische Länder einbezogen sind.

1. Jugend und Europa

Die Europäische Union ist aus der Lebensrealität von Jugendlichen nicht mehr wegzudenken. Sie wachsen in einem von Europa geprägten Umfeld auf. Viele auch für sie wichtige Bereiche werden heute von der Europäischen Union mindestens in Teilen geregelt. Dennoch ist unter den Jugendlichen eine wachsende Distanz zu den Institutionen der Europäischen Union feststellbar. So lag die Wahlbeteiligung unter Jugendlichen bei der letzten Europawahl deutlich unter dem Durchschnitt der Gesamtwahlbeteiligung. Auch bei den Volksabstimmungen über die EU-Verfassung war stets der Anteil der ablehnenden Voten unter Jugendlichen höher als der Durchschnitt.¹ Zudem rangiert das Interesse an der europäischen Integration im Vergleich zu Themen wie Arbeit, Gleichberechtigung, Armut oder Terror auf dem letzten Rang.² Während Jugendliche in der Vergangenheit überwiegend Angebote im eigenen Land im Blick hatten, so können sie heute dank offener Grenzen im Gebiet der Europäischen Union relativ ungehindert reisen und dort einen Teil ihrer Ausbildung oder ihres Studiums absolvieren. Sie können Mobilität innerhalb der Europäischen Union erleben und ihre Erfahrungen in die Gesellschaft einbringen. Gleichzeitig sind sie verstärkt selbst den Auswirkungen dieser Offenheit ausgesetzt. Die Qualität ihrer Ausbildung muss nicht mehr nur im nationalen Wettbewerb bestehen, sondern auch im europäischen und internationalen Vergleich. Das Erlernen von Fremdsprachen gehört wie interkulturelle Fähigkeiten zu den Kernkompetenzen. Das Bil-

¹ Vgl. "The European Constitution: Post-referendum survey in The Netherlands/in France", Flash Eurobarometer (Mai/Juni 2005).

² Vgl. die von 2001 bis 2004 in mehreren EU-Mitgliedstaaten durchgeführte Studie „Orientations of Young Men and Women to Citizenship and European Identity“ (Februar 2005).

dungssystem sieht sich wachsendem Anpassungsdruck gegenüber. Bereiche, die früher kommunal oder regional geregelt wurden, werden nun auf ihre „Europafähigkeit“ überprüft.

Dies sind Herausforderungen, vor denen alle Jugendlichen in Europa stehen. Zudem sind Jugendarbeitslosigkeit und Jugendarmut Realitäten in vielen Ländern Europas. In allen Mitgliedstaaten stellt sich das Problem der Zukunft des europäischen Gesellschaftsmodells und des Sozialstaates. In fast allen Ländern findet eine demographische Alterung statt. Die Folge ist ein Verlust der gesellschaftlichen Bedeutung der Jugend und eine Reduzierung der Angebote für Jugendliche z.B. im Bildungsbereich.

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen hat sich die Bedeutung der europäischen Einigung für Jugendliche gewandelt. Der ursprüngliche Ausgangspunkt der europäischen Integration, den Frieden in Europa zu bewahren, ist heute für viele weniger sichtbar. Viele Errungenschaften wie die Reisefreiheit werden als selbstverständlich betrachtet und nicht mehr als Ergebnis europäischer Politik angesehen. Stattdessen erwarten viele Jugendliche ein soziales und gerechtes Europa, das ihre Lebenssituation verbessert. Im Rahmen des Europäischen Paktes für die Jugend müssen deshalb insbesondere Jugendliche ohne Ausbildung bzw. mit unqualifizierter Ausbildung verstärkt berücksichtigt werden.

Vielfach wird die europäische Einigung aber auch als Gefahr für die eigene Zukunft angesehen. Die europäische Konkurrenz wird als Bedrohung für die eigene Ausbildungsstelle oder den Arbeitsplatz betrachtet. Europa ist für viele zu wenig als echte Chance erlebbar. Dies gilt in besonderer Weise für die neuen EU-Mitgliedstaaten. Hier müssten besondere Anstrengungen auf allen Ebenen für die Ausweitung und die Intensivierung der Kontakte erfolgen.

In kultureller Hinsicht wirkt die europäische Einigung bereichernd. Die eigene Identität wird durch die europäische Dimension ergänzt. Aus der Vielfalt eines offenen Europa können neue Ideen entwickelt werden. Doch dies ist keineswegs selbstverständlich. Nur wenn auf den Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach der Bewahrung der eigenen kulturellen Identität eingegangen wird, kann aus der Begegnung neue Kreativität geschöpft werden. Die Bewahrung der eigenen Kultur darf allerdings nicht verhindern, dass die jeweils andere Kultur respektiert und geachtet wird.

2. Von einer europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich zu einer europäischen Jugendpolitik

Innerhalb der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich ist seit 1999 ein Zuwachs an politischer Aufmerksamkeit und eine Kompetenzerweiterung zu verzeichnen. In den Jahren zuvor stand eher die Förderung des Jugendaustausches und des Aufenthaltes in einem anderen EU-Staat durch EU-Förderprogramme im Vordergrund. Mit der Verabschiedung des EU-Weißbuches „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ im Jahr 2001 bekräftigte die EU-Kommission den Willen, Jugendliche künftig stärker in die Entscheidungsfindung einzubeziehen und mit seiner Verabschiedung der europäischen Jugendpolitik einen neuen Rahmen zu verleihen.

Das Weißbuch Jugend und sein Folgeprozess hatte seither unmittelbare Auswirkungen auf verschiedene Entscheidungen und führte zur stärkeren Berücksichtigung von Anliegen Jugendlicher auf europäischer Ebene. Das wird schon daran deutlich, dass in der politischen Diskussion inzwischen nicht mehr nur von einer „europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich“ die Rede ist, sondern von der Entwicklung einer „europäischen Jugendpolitik“. Das Weißbuch Jugend steckt zunächst einen ersten inhaltlichen Rahmen für die Zuständigkeit der europäischen Ebene ab. In den Bereichen Partizipation, Information, Freiwilligentätigkeit und Jugendforschung wollen die Mitgliedstaaten in Zukunft enger zusammenarbeiten. Darüber

hinaus beschreibt das Weißbuch ein Verfahren, wie die Zusammenarbeit gestaltet werden soll, die für den Jugendbereich modifizierte „Offene Methode der Koordinierung“. Durch gemeinsam verabschiedete Zielsetzungen sollen die nationalen Jugendpolitiken innerhalb der Europäischen Union koordiniert und damit weiterentwickelt werden. Die Auswirkungen dieser Entscheidung können bis hin zur Erweiterung des Jugendartikels im vorliegenden Vorschlag einer EU-Verfassung verfolgt werden.

Der vorliegende Entwurf für die neue Generation des EU-Aktionsprogramms JUGEND ab 2007-2013 macht etwa deutlich, dass dieses Förderprogramm zukünftig das zentrale Steuerungsinstrument zur Umsetzung der jugendpolitischen Ziele sein wird. Es legt darüber hinaus einen größeren Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Förderung einer aktiven Unionsbürgerschaft.

Das Weißbuch Jugend und sein Folgeprozess hat zunehmend Auswirkungen auf verschiedenste politische Themen, gerade auch nationaler Politik.

Das aktuellste und weit reichende Beispiel stellt der Europäische Pakt für die Jugend dar: Auf dem Europäischen Rat von Lissabon wurde im März 2000 als gemeinsame Vision die so genannte Lissabon-Strategie verabschiedet. Bis zum Jahr 2010 soll demnach die „Europäische Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum in der Welt werden, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“. Zur Halbzeit der Lissabon-Strategie sind die konkreten Ergebnisse jedoch deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Ein Neustart, der eine Konzentration auf einige strategische Ziele und eine engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der EU beinhaltet, soll deshalb die Lissabon-Strategie voranbringen.

Mit dem im März 2005 verabschiedeten „Europäischen Pakt für die Jugend“ sollen die Anliegen Jugendlicher zu einer Priorität innerhalb der Lissabon-Strategie werden. So wird angestrebt, verstärkt die Belange Jugendlicher bei der europäischen Beschäftigungsstrategie zu berücksichtigen, den Themen Bildung und Mobilität Jugendlicher mehr Aufmerksamkeit zu schenken sowie die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben zu verbessern. Die Mitgliedstaaten haben sich z.B. auf gemeinsame Zielvorgaben im Bereich Bildung geeinigt. Diese sollen der Qualitätsverbesserung der Bildungssysteme in der EU dienen sowie deren Vergleichbarkeit erhöhen. Ein wichtiger Punkt ist hierbei die Anerkennung der Bildungsabschlüsse in den Mitgliedstaaten. Aber auch die bessere Anerkennung von Berufserfahrungen im außerschulischen Bereich sowie die Festlegung eines einheitlichen europäischen Rahmenkonzeptes für die berufliche Bildung durch den „Europass“ sollen wichtige Schritte sein. Es bleibt abzuwarten, ob der Jugendpakt konkrete Auswirkungen auf die Situation von Jugendlichen haben wird. Das hängt nun wesentlich von den jugendpolitischen Entscheidungen auf nationaler Ebene ab.

Die im Mai 2005 von der EU-Kommission angenommene Mitteilung „Europäische Jugendpolitik“ nimmt die Themen des Paktes erneut auf und unterstreicht, dass es auf die Umsetzung durch die Mitgliedstaaten im Rahmen nationaler Reformprogramme ebenso ankommt wie auf die Mitwirkung der Jugendorganisationen.

B. Antrag

3. Konsequenzen und Strategien für das Handeln des Deutschen Bundesjugendring und seiner Mitgliedsorganisationen aus den Entwicklungen im Bereich europäischer Jugendpolitik

Nachdem sich die europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich von der reinen Förderung des Jugendaustausches zu einer an Bedeutung zunehmenden europäischen Jugendpolitik entwickelt hat, beschreiben der Deutsche Bundesjugendring und seine Mitgliedsorganisationen

ihre inhaltlichen und strukturellen Strategien im Folgenden neu. Sie müssen von allen Beteiligten und in den einzelnen Bereichen der jugendpolitischen Vertretungsarbeit – auch auf nationaler Ebene – in naher Zukunft konsequent umgesetzt und weiterentwickelt werden.

3.1. Die Rolle und Aufgabe der Mitgliedsorganisationen

Die Mitgliedsorganisationen des Deutschen Bundesjugendring realisieren mit internationalen Partnern vielfältige europäische Projekte. Dazu zählen zum Beispiel Jugendbegegnungen, der thematische Jugend- und Fachkräfteaustausch, Kontaktforen, die Aus- und Fortbildung von Teamerinnen und Teamern, Beratung in Förderfragen sowie die Bereitstellung von Arbeitshilfen und die Erstellung umfangreicher Jugendinformation. Darüber hinaus nehmen sie vielfältige Vertretungsaufgaben in Gremien europäischer Institutionen und Organisationen wahr, entsenden Jugendvertreterinnen und Jugendvertreter zu europäischen Konferenzen und wirken damit an der Gestaltung und Weiterentwicklung europäischer Politik mit. Sie bilden deshalb eine wertvolle Ressource für Jugendbeteiligung auf europäischer Ebene.

Die Vermittlung interkultureller Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten, sowohl im pädagogischen als auch im politischen Feld, ist ein zentrales Aufgabenfeld der Mitgliedsorganisationen. Inzwischen ist wissenschaftlich belegt, dass dieses europäische Lernfeld zusätzlich Begeisterung zur aktiven Mitgestaltung im unmittelbaren Lebensumfeld weckt und nachhaltig positive Grundeinstellungen der Persönlichkeit prägt. Auch die Europäische Kommission hat in ihrem 2001 veröffentlichten Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ ausdrücklich die in der internationalen Jugendarbeit verstetigte nicht formale Bildung als Beitrag der Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen anerkannt.

Europäische Jugendarbeit wird allerdings noch zu stark auf die Gestaltung von Rahmenbedingungen für den Jugendaustausch, auf Beratungsaufgaben über europäische Förderprogramme, die Kooperationen mit Partnern im Ausland sowie die Beteiligungen an bi- und multilateralen Projekten reduziert. Sie muss künftig in einem größeren Umfang mit der nationalen Jugendarbeit und Jugendpolitik verzahnt werden. Damit wächst die Notwendigkeit für die Mitgliedsorganisationen, sich stärker in die Vertretungsarbeit des Deutschen Bundesjugendring und des Deutschen Nationalkomitees für internationale Jugendarbeit einzubringen.

Jugendorganisationen nehmen eigenständig ihre Gestaltungsmöglichkeiten in der europäischen Zivilgesellschaft wahr. Sie engagieren sich in zahlreichen europäischen und internationalen Zusammenschlüssen und sind aktive und anerkannte jugendpolitische Partner in regionalen jugendpolitischen Netzwerken, zum Beispiel in der Ostseeregion. Die Gründung von europäischen Dachstrukturen von nationalen Jugendverbänden sollte dort, wo sie noch nicht vorhanden sind, unterstützt werden.

Die Europäischen Jugendminister haben in einer EntschlieÙung am 23./24.05.2005 in Brüssel u.a. die Bedeutung der Jugendorganisationen und –verbänden als „Vermittler von Wissen über demokratische Mechanismen und die Vorbereitung auf ein Leben als engagierte und kritische Bürgerinnen und Bürger“ betont und die Notwendigkeit einer Beteiligung von Jugendlichen und ihrer Organisationen an der Ausarbeitung konkreter Umsetzungsmaßnahmen im Bereich der europäischen Jugendpolitik festgestellt. Mit ihren auf Kontinuität ausgelegten Strukturen für ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen sollten Jugendorganisationen diese Chance nutzen, ihre Vorschläge einzubringen und sich für eine Umsetzung zu engagieren.

Der Weißbuchprozess hat die „offene Methode der Koordinierung (OMK)“ auch im Jugendbereich eingeführt. In diesem Rahmen werden wichtige Weichenstellungen für die Weiterentwicklung der europäischen Zusammenarbeit beschlossen, die sich unmittelbar auch auf die Gestaltung der Jugendpolitik in den Mitgliedstaaten der EU auswirkt. Bisher sind die Jugendverbände und Jugendringe auf allen Ebenen noch unzureichend in den Prozess der OMK ein-

gebunden. Künftig müssen die Jugendorganisationen stärker eine effektive und qualitative Jugendbeteiligung auf allen Ebenen sicherstellen und ggf. entsprechende strukturelle Voraussetzungen schaffen, um nicht von der europäischen Entwicklung abgekoppelt zu werden. Jugendorganisationen sind darüber hinaus wichtige Akteure im Bereich der europäischen Jugendinformation. Die Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit setzt Kenntnisse der Entwicklungen in den anderen EU-Mitgliedstaaten voraus, nicht nur im Jugendbereich. Die Informationsarbeit über europäische Jugendpolitik muss von den einzelnen Verbänden daher weiter ausgebaut werden. Dies umfasst auch die Berücksichtigung von (verbands)spezifischen Entwicklungen in anderen EU-Mitgliedstaaten, die vorgestellt und kommentiert werden sollten. Jugendarbeit in Deutschland braucht eine stärkere europäische Perspektive, nicht zuletzt um von Entwicklungen und Initiativen anderer Staaten lernen zu können.

3.2. Die Rolle und Aufgabe des DBJR

Seit Beginn der europäischen Zusammenarbeit sind Jugendverbände und Jugendringe treibende Kräfte und innovative Impulsgeber. Sie füllen politische Absichtserklärungen mit realen Kontakten zwischen Jugendlichen in ganz Europa und organisieren deren Interessen in europapolitischen Fragen gegenüber der nationalen wie der europäischen Politik. Dies führte nicht zuletzt zur Gründung des Europäischen Jugendforums³ als der Vertretung der Jugend gegenüber den Institutionen der Europäischen Union.

Mit der Entwicklung einer europäischen Jugendpolitik sind in den letzten Jahren sowohl auf der nationalen wie auch auf der europäischen Ebene zunehmend andere Akteure aktiv. Diese treten neben Jugendverbänden und ihren Zusammenschlüssen als Interessenvertreter und Fachorganisationen für Jugendfragen auf. Aus Sicht der Kinder und Jugendlichen ist diese Stärkung ihrer Interessenvertretung gegenüber der Politik zu begrüßen. Dadurch verändert sich in Deutschland die Rolle des Deutschen Bundesjugendring im Feld der europäischen Jugendpolitik. Der DBJR muss sich in Abgrenzung zu anderen nationalen Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe in den kommenden Jahren neu verorten. Ziel sollte dabei eine Profilierung als demokratisch legitimierte Selbstorganisation gegenüber den anderen Akteuren, insbesondere der Politik sein. Der DBJR sollte sich dabei auf die besonderen Ressourcen der Jugendverbandsarbeit besinnen und sie herausstellen:

- Partizipation als Grundprinzip der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, von der Kindergruppe auf lokaler Ebene, bis zur demokratischen Legitimation der Vertretung auf nationaler Ebene
- Ehrenamtliches Engagement als Konkretion und Modell einer aktiven Bürgerschaft
- Freiwilligkeit als Wesensmerkmal schafft Voraussetzungen für eine hohe Motivation, die eigenen Interessen bis hin zur europäischen Ebene zu vertreten
- Bundesweite Strukturen bis auf die kleinste lokale Ebene (hohes Mobilisierungspotential)
- Nachhaltigkeit durch Kontinuität (Projektarbeit lässt sich mit kontinuierlicher Jugendarbeit verzahnen und damit nachhaltig nutzbar machen)
- Starke Identifikation der Jugendlichen mit dem eigenen Verband und seinen Themen/Positionen als Folge des freiwilligen Engagements und der Teilhabe. Damit verbindet sich die Chance, Jugendliche „für eine Sache“ zu gewinnen.
- Vielfältige Werte-gebundene Jugendverbandsarbeit als Keimzelle der Demokratie
- Ehrenamtliche Peer-Multiplikatorinnen und -Multiplikatoren mit starker Vorbildfunktion für die Gruppenmitglieder und Projektteilnehmer/innen

³ Als Zusammenschluss von nationalen Jugendringen und internationalen (Nichtregierungs-) Jugendorganisationen ist das Europäische Jugendforum eine internationale Organisation, die die Interessen junger Menschen bei internationalen Institutionen wie der Europäischen Union, dem Europarat und den Vereinten Nationen vertritt. Deutsches Mitglied ist das Deutsche Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit.

Diese Ressourcen sind für den Erfolg der weiteren europäischen Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Sie unterscheiden den DBJR von anderen Fachorganisationen, die partikuläre Themen verfolgen oder von kurzlebigen Serviceagenturen, die bei zurückgehender Förderung schnell verschwinden und deren Reichweite sehr beschränkt ist. Auch unterscheiden sie den DBJR von den Nationalagenturen für das EU-Programm JUGEND, die für die Laufzeit des jeweiligen Programms in den einzelnen Mitgliedstaaten eingerichtet werden und unter der Aufsicht der Europäischen Kommission und der nationalen Regierungen steht. Sie unterstützt die EU-Kommission lediglich bei der Umsetzung des Programms auf nationaler Ebene. Ihre Rolle bei der Weiterentwicklung der europäischen Jugendpolitik ist klärungsbedürftig.

Die Europäische Kommission und das Bundesjugendministerium werden aufgefordert, die Rolle der Nationalagenturen für das Programm JUGEND dahingehend zu klären, dass sie nicht als selbstständige Akteure der nationalen oder europäischen Jugendpolitik agieren, sondern in Kooperation mit bestehenden Strukturen oder Zusammenschlüssen der Jugendpolitik. Nur durch die Zusammenarbeit mit der bestehenden Zivilgesellschaft lässt sich die europäische Entwicklung bis zur lokalen Ebene erden.

3.2.1. Inhaltliche Strategien für die Arbeit des DBJR

Jugendverbände und Jugendringe organisieren die Interessen von Kindern und Jugendlichen und bringen sie gegenüber der Politik zur Sprache. Der Einsatz für und die Organisation von Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist dabei stets grundlegendes Leitprinzip. Der DBJR als Zusammenschluss der Jugendverbände und der Landesjugendringe auf nationaler Ebene wird verstärkt in der europäischen Jugendpolitik sein Engagement an diesem Grundprinzip ausrichten und es als übergeordnetes Thema für sein inhaltliches Engagement und seine Schwerpunktsetzungen wählen. Damit wird ein klareres inhaltliches Profil des DBJR erreicht. Der DBJR wird damit als Partner und politischer Akteur erkennbar und interessant. Ein solches Vorgehen macht eine Prioritätensetzung im Sinne der folgenden Aufzählung notwendig.

Der DBJR wird vor diesem Hintergrund und angesichts der vorhandenen Personal- und Zeitressourcen in der Geschäftsstelle und bei den Mitgliedsorganisationen an folgenden Themen weiterarbeiten:

- a. Will man das europäische Projekt nicht insgesamt in Gefahr bringen, müssen die Ängste und Sorgen sowie die Distanz zur EU insbesondere auch bei jungen Menschen ernst genommen werden. In der Folge muss es zu Veränderungen in der europäischen Politik kommen. Im Zentrum muss zukünftig die **Wertegemeinschaft Europa** mit gemeinsamen freiheitlichen, demokratischen, sozialen und ökologischen Grundwerten sowie der Wahrung der Menschenrechte stehen, wie sie etwa in der EU-Grundrechtecharta verankert sind. Vielfalt darf nicht mehr länger als Hindernis für die europäische Einigung betrachtet werden, sondern als konstitutives Faktum und muss konsequent in allen Politikfeldern als Ressource genutzt werden.

Die EU muss nach unten erweitert werden! – Das bedeutet den Ausbau eines **Europa der Bürgerinnen und Bürger**. Dabei muss es zu einer Richtungsumkehrung kommen. Die europäische Integration muss von unten her im umfassenden Sinn neu begründet werden. Der organisierten Zivilgesellschaft wird in der zukünftigen Politikgestaltung eine wesentliche Rolle zukommen. Insbesondere die nationalen Strukturen müssen hierfür genutzt und gleichzeitig europäisch geöffnet werden.

Der DBJR wird sein Engagement für eine europäische Verfassung gerade angesichts der aktuellen europapolitischen Situation fortsetzen. Für die weitere europäische Entwicklung ist eine Neufassung und Erweiterung des derzeit gültigen Vertragswerks

dringend erforderlich. Im Mittelpunkt müssen dabei der Ausbau der partizipativen Elemente und die Begründung einer Gemeinschaft gemeinsamer Werte stehen. Hinter dem Konzept der Europäischen Verfassung steht das Bild von Unionsbürgerinnen und -bürgern, die aktiv am „demokratischen Leben der Union“⁴ teilhaben. Dies macht auch der erweiterte Jugendartikel deutlich.

Zwar zeigt die aktuelle Debatte, dass die Verfassung Defizite aufweist, z.B. bei sozialen und sicherheitspolitischen Aspekten, doch steht sie gleichzeitig für wesentliche Fortschritte im Bereich der Bürger- und Menschenrechte in der Union. Ihr Inkrafttreten würde die demokratische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am politischen Prozess, z.B. durch die Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlamentes sowie durch das europäische Bürgerbegehren, stärken. Die Verstärkung der Kultur der Konsultation mit der Zivilgesellschaft würde ebenso durch die Verfassung erreicht. Gerade hier bieten sich für die Jugendorganisationen auf allen Ebenen neue Perspektiven.

- b. Für die **Weiterentwicklung der europäischen Jugendpolitik** muss der qualitative Ausbau von Partizipationsmöglichkeiten und -strukturen für Jugendliche und ihre Vertreterinnen und Vertreter auf allen politischen Ebenen Priorität haben. Jugend-Partizipation muss Wirkung zeigen und nicht der Legitimation von Politik dienen. Der DBJR lehnt deshalb gerade in der europäischen Jugendpolitik einen Ausbau von Pseudopartizipation in Form von Jugendkonferenzen o.ä. ab. Solche einmaligen Jugendevents, wie etwa anlässlich der halbjährlichen Ratspräsidentschaften, auf nationaler oder gar europäischer Ebene müssen dringend mit bestehenden Strukturen verknüpft werden, wollen sie eine nachhaltige Wirkung entfalten. Außerdem sollten alternative Ansätze zur Einbeziehung von Jugendlichen, etwa durch die Förderung von lokalen Beteiligungsprojekten zu konkreten europäischen Fragestellungen, entwickelt und erprobt werden.

Beim Umsetzungsprozess des Weißbuchs „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ setzt der DBJR zunächst auf eine Vertiefung der bestehenden Schwerpunktthemen (Information, Partizipation, Jugendforschung und Freiwilligentätigkeit), bevor es zu einer Erweiterung des Themenspektrums kommt. Nur mit genügend Zeit können die verschiedenen föderalen Ebenen für die europäische Dimension der einzelnen Themen sensibilisiert und gewonnen werden. Der Fachdiskurs ist bisher weitgehend auf der nationalen Ebene hängen geblieben.

Bei der Umsetzung der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) im Kontext eines föderalen Bundesstaates und der Bedeutung von freien Trägern muss nach der Zwischenauswertung sowohl auf europäischer Ebene als auch in Deutschland an einer Modifizierung gearbeitet werden, die nicht nur den europäischen Bedarf berücksichtigt.

Der DBJR fordert die Entwicklung von nationalen Umsetzungsplänen europäischer Jugendpolitik und die Entwicklung von nationalen Positionen für die europäische Politikgestaltung im Bereich Jugend. Der DBJR wird sich aktiv daran beteiligen.

Der DBJR fordert den Deutschen Bundestag auf, der europäischen Realität Rechnung zu tragen und entsprechende Zuständigkeiten zu klären. Aufgaben, die bislang als nationale Querschnittsaufgabe zu betrachten waren, rücken immer mehr in den Kontext europäischer Entscheidungen.

- c. Der **„Europäische Pakt für die Jugend“** muss im Rahmen der Lissabon-Strategie zu spürbaren Ergebnissen für die Jugend in Deutschland führen. Nur so wird mit diesem Pakt der querschnittspolitische Ansatz sinnvoll konkretisiert. Bei dessen Umsetzung wird der DBJR den spezifischen Blick der Jugendverbandsarbeit einbringen. Insbe-

⁴ So die Überschrift zu den Artikeln I-45 bis I-52 der Europäischen Verfassung.

sondere der Beitrag non-formaler Bildungserfahrungen für den Erwerb von Schlüsselkompetenzen und für die Persönlichkeitsentwicklung wird dabei offensiv einzubringen sein. Darüber hinaus wird der DBJR als Beitrag für die Umsetzung des Paktes intensiv am Thema interkulturelle Öffnung von Jugendorganisationen weiterarbeiten. Für den europäischen Pakt müssen deshalb für die einzelnen Bereiche der Jugendhilfe zusätzliche Mittel etwa aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) verfügbar gemacht werden.

Bei der Bearbeitung dieser Themen wird der DBJR folgende Grundsätze verstärkt berücksichtigen:

- a. Der DBJR wird verstärkt europäische Entwicklungen und Diskussionen in die nationalen Debatten integrieren. Europapolitik beeinflusst auch im Bereich Jugendpolitik zunehmend Rahmenbedingungen für nationale Jugendpolitik!
- b. Die Abgrenzung zwischen den Aufgaben des DBJR und seiner Mitgliedsorganisationen muss im Bereich europäische Jugendpolitik neu vorgenommen und klarer gefasst werden. Angesichts der beschränkten Ressourcen können nur übergeordnete, d.h. allen Mitgliedsorganisationen gemeinsame Themenfelder vom DBJR bearbeitet werden.
- c. Der DBJR hat insbesondere die Aufgabe, die Leistungen und Projekte seiner Mitgliedsorganisationen in den Themenfeldern sichtbar zu machen und in den politischen Raum hinein zu vermitteln. Das bedarf einer offensiven Informationspolitik innerhalb des DBJR und seiner Mitgliedsorganisationen.
- d. Der DBJR wird bei der Bearbeitung einzelner Schwerpunktthemen neben der politischen Positionierung nach außen den Bildungsaspekt des jeweiligen Themas nach innen verstärkt berücksichtigen.

Über die ressortpolitische Ausrichtung der europäischen Jugendpolitik hinaus fordert der DBJR ausdrücklich die querschnittspolitische Berücksichtigung der Interessen von Kindern und Jugendlichen an allen anderen europäischen Politikfeldern.

3.2.2. Die zukünftigen strukturellen Voraussetzungen und die notwendigen Ressourcen für die Arbeit im DBJR

Für eine effektivere und effizientere Umsetzung der oben beschriebenen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen bedarf es bei der Arbeit des DBJR zukünftig struktureller Veränderungen und eine Schwerpunktsetzung bei den Ressourcen.

- a. Europapolitik ist nicht auswärtige Politik! – Themen der europäischen Jugendpolitik müssen von allen Gremien innerhalb des DBJR in ihrer Arbeit entsprechend berücksichtigt und mit den nationalen Themen verknüpft werden. Im Sinne der Mehrebenenpolitik der EU muss bei (jugend-)politischen Diskussionen der europäischen Dimension auch auf der bundesdeutschen Länderebene sowie auf kommunaler Ebene auch von den Jugendringen eine größere Bedeutung beigemessen werden. Eine Lobbyarbeit lediglich auf nationaler Ebene ist nicht mehr ausreichend. Auf nationaler Ebene muss von allen Akteuren innerhalb des DBJR insbesondere der Kontakt zu den Zuständigen im Parlament ausgebaut werden. Auf europäischer Ebene muss der Kontakt zu den Europaabgeordneten, zu den Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialausschusses und zu den Mitgliedern des Ausschusses der Regionen ausgebaut werden.

- b. Die Rollenbeschreibung und Struktur des Deutschen Nationalkomitees für Internationale Jugendarbeit (DNK) muss den Entwicklungen in der europäischen Jugendpolitik und den vorhandenen Ressourcen angepasst werden. Ziel ist eine effektivere Interessenvertretung im Rahmen des Europäischen Jugendforums. Inhaltliche Anliegen des DBJR zum Beispiel im Weißbuchfolgeprozess müssen direkter in die politischen Prozesse des Jugendforums eingespeist werden können. Das DNK sollte weiterhin für die Vertretung der deutschen Jugendorganisationen gegenüber der europäischen und internationalen Ebene eine koordinierende Zuständigkeit für die Besetzung von Außenvertretungen behalten. Der Vorstand wird beauftragt, auf der Grundlage dieser Vorgaben eine Überarbeitung der bisherigen Struktur anzugehen.
- c. Angesichts der wachsenden Bedeutung der europäischen Jugendpolitik für die nationale Politik sind die Mitgliedsorganisationen des DBJR aufgefordert, in ihrer Arbeit die Sensibilisierung für europäische Themen und ihr Engagement in den jeweiligen europäischen Dachverbänden auszubauen. Aber auch auf der lokalen und regionalen Ebene sollten die Impulse (nicht nur) der europäischen Jugendpolitik nach einer Weiterentwicklung des Partizipationsverständnisses der Jugendorganisationen aufgenommen werden. Neben den mitgliederorientierten Partizipationsformen sollten vor Ort für Jugendliche auch andere Formen und Möglichkeiten direkter Beteiligung entwickelt, erprobt und dafür die Trägerschaft übernommen werden.
Im DBJR muss die Vernetzung der deutschen Akteure in den europäischen Dachverbänden der Mitgliedsorganisationen des DBJR für die Arbeit innerhalb des Europäischen Jugendforums organisiert werden, zum Beispiel durch ein jährliches Treffen zum Informationsaustausch vor dem jeweiligen Rat der Mitglieder. Gleichzeitig bleibt die bilaterale Zusammenarbeit sowie die Kooperation im kleineren Rahmen unverzichtbar, um die Zusammenarbeit auf der Ebene der 25 Mitgliedstaaten vorzubereiten und zu erleichtern. Die Zuständigkeit für die Bodensee-Benelux-plus-Kooperation (BBC+)⁵ muss innerhalb des DNK neu verteilt werden. Der DBJR-Vorstand wird beauftragt, entsprechende Verfahren und Regelungen zu entwickeln.

Es ist deutlich, dass für eine zukünftig effektivere Mitgestaltung europäischer Politikprozesse sowohl von den Mitgliedsorganisationen, als vom DBJR strukturelle, strategische und inhaltliche Veränderungen angegangen werden müssen. Den Entwicklungen in der europäischen Jugendpolitik müssen in allen Feldern und auf allen Ebenen mehr Aufmerksamkeit beigemessen werden. Das wird nicht ohne eine Umorganisation der vorhandenen Ressourcen möglich sein.

Angesichts der hier beschriebenen Aufgaben und Herausforderungen wird der DBJR-Vorstand beauftragt, dem Hauptausschuss bis Herbst 2006 einen Vorschlag für entsprechende Veränderungen der inhaltlichen und strukturellen Arbeit, des DBJR vorzulegen.

⁵ Innerhalb des Europäischen Jugendforums kooperiert das DNK sehr eng mit den Jugendringen aus Österreich, der Schweiz, Flandern, Luxemburg, den Niederlanden, Irland und Großbritannien. Gemeinsam bilden sie die Bodensee-Benelux-plus-Kooperation. Neben dem Meinungs- und Erfahrungsaustausch der einzelnen Jugendringe erarbeitet die Kooperation gemeinsame Positionen, um sich mit größerem Gewicht in die Arbeit übergeordneter Jugendgremien einbringen zu können.

4. Forderungen des DBJR und Verpflichtungen seiner Mitgliedsorganisationen

Die Mitgliedsorganisationen des Deutschen Bundesjugendring verpflichten sich

- zum Ausbau der Sensibilisierung für europäische Themen in ihrer Arbeit;
- zum stärkerem Engagement bei den aktuellen Themen europäischer Jugendpolitik;
- zur Verstärkung ihres Engagements in ihren jeweiligen europäischen Dachverbänden;
- zur Bereitschaft zur Vernetzung der deutschen Akteure in den europäischen Strukturen auf nationaler Ebene;
- zur inhaltlichen Unterstützung des DBJR in seinem Bemühen nach einer effektiven Vertretung der Interessen von Jugendlichen auf europäischer Ebene;
- zu einer verstärkten Vermittlung und Hinführung von europapolitischen Inhalten.

Der Deutsche Bundesjugendring hat sich in den letzten Jahren intensiv mit der Gestaltung der europäischen Zusammenarbeit, auch im Bereich der Jugendpolitik, auseinandergesetzt und entsprechende Positionierungen vorgelegt. Diese Beschlüsse haben nichts von ihrer Aktualität eingebüßt.

Der Deutsche Bundesjugendring fordert vor dem Hintergrund des vorliegenden Strategiepapiers

- ein demokratisches und transparentes Europa der Bürgerinnen und Bürger;
- eine stärkere, effektivere, nachhaltigere und fachlich fundierte Beteiligung von Jugendlichen und Jugendorganisationen an der europäischen (Jugend)Politik;
- die bessere Verzahnung europäischer Jugendpolitik mit der nationalen Jugendarbeit und Jugendpolitik;
- eine verstärkte Kooperation der Nationalagentur für das Programm JUGEND mit den bestehenden Strukturen der Jugendpolitik;
- die Verabschiedung einer europäischen Verfassung;
- die effektive Umsetzung des „Europäischen Paktes für die Jugend“ in Deutschland;
- die Entwicklung nationaler Umsetzungspläne für die europäische Jugendpolitik;
- die Entwicklung nationaler Positionen für die europäische Politikgestaltung im Bereich Jugend;
- die querschnittspolitische Berücksichtigung der Interessen von Kindern und Jugendlichen in allen europäischen Politikfeldern.

Einstimmig von der 78. Vollversammlung am 28./29. Oktober 2005 in München beschlossen.